

Prävention, Früherkennung, und dann?

Deutschland setzte sich im UN-Sicherheitsrat für ein tieferes Verständnis von Klimaveränderungen als Verstärker von Konfliktrisiken ein. Die Priorität lag auf wissenschaftlicher Prävention und Frühwarnung. Was bislang fehlt, ist eine intensivere Debatte darüber, welchen Beitrag der Sicherheitsrat jenseits präventiver Maßnahmen leisten kann und soll.



Dr. Stefan Kroll, geb. 1982, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und wissenschaftlicher Koordinator des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

✉ kroll@hsfk.de

Umsetzung der nationalen Emissionsziele aus dem Klimaübereinkommen von Paris kann diese Glaubwürdigkeit jedoch schwinden. Im Hinblick auf die begrenzten Möglichkeiten Deutschlands als einer mittleren Macht ist es strategisch sinnvoll, einen besonderen Fokus auf bestimmte außen- und sicherheitspolitische Themen zu legen. Das Thema des Klimawandels in seiner Fokussierung auf Frieden und Sicherheit ist für eine solche Priorisierung besonders geeignet.

Der Schwerpunkt lag und liegt dabei vor allem auf einer wissenschaftsbasierten Prävention und Früherkennung von möglichen Konflikten und humanitären Krisen. Deutschland leistet hier einen wertvollen Beitrag zu einer an Wissen und Erkenntnis basierten internationalen Politik, die sich in einem Umfeld durchsetzen muss, das in den vergangenen Jahren mitunter von offener Infragestellung und Leugnung wissenschaftlicher Expertise gekennzeichnet war.

Ein Defizit der deutschen Klimafriedenspolitik wird im Hinblick auf die Antworten erkennbar, welchen spezifischen Beitrag der Sicherheitsrat in der Lösung klimabedingter Konflikte leisten soll – jenseits der Unterstützung von Prävention und Früherkennung. Welche Rolle sollten etwa Instrumente des Zwangs einnehmen und wie sollten diese ausgestaltet sein?

Deutschland sollte nicht nur einen Beitrag zum besseren Verständnis des Nexus von Klima und Sicherheit leisten, sondern an einem Rahmen einer internationalen Klimaordnung mitarbeiten, die angesichts der Dringlichkeit der Herausforderung nicht ohne Zwang auskommt. Zugleich sollte sie aber nicht auf militärische, sondern auf politische, ökonomische und rechtliche Instrumente zurückgreifen. Mit oder ohne die Bundesrepublik ist der Sicherheitsrat nur bedingt ein geeignetes Forum, eine solche Ordnung zu entwerfen und umzusetzen.

Deutschland hat die Zeit als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2019 und 2020 dazu genutzt, den Zusammenhang von Klimaveränderungen und Friedensgefährdungen in die Ratsarbeit einzubringen und das Bewusstsein für diese Herausforderung zu vertiefen. Zwar ist es nicht gelungen, eine thematische Resolution zur Klimasicherheit zu verabschieden. Dies wäre angesichts der bekannten Widerstände der ständigen Ratsmitglieder China und Russland sowie der USA unter Präsident Donald Trump gegen eine solche Initiative aber auch nicht zu erwarten gewesen. Deutschland hat andere Möglichkeiten genutzt, das Thema prominent zu platzieren: in offenen Debatten, informellen Zusammenkünften und internationalen Konferenzen.

Der Klimawandel ist eine der dringendsten Zukunftsherausforderungen, die nicht zuletzt das Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik betrifft. Deutschland verfügt in seinen Ambitionen, den Klimaschutz zu befördern, international über eine große Glaubwürdigkeit, die nicht zuletzt mit dem Engagement der Bundesrepublik um das Thema in früheren Phasen der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat verbunden ist. Angesichts eigener Defizite in der

Klimawandel und Sicherheitskultur

Der Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit kann als Phänomen einer sich wandelnden Sicherheitskultur beschrieben werden. Der Begriff der Sicherheitskultur wird in der Politikwissenschaft verstanden »als die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll.«¹ Den Klimawandel als eine Gefahr für die internationale Sicherheit anzusehen und mit diesem Verständnis

Klimaveränderungen verstärken Konflikte über Ressourcen, verschärfen die Ernährungsunsicherheit und führen zu Migrationsbewegungen.

in internationalen Institutionen zu verankern, ist eine Erweiterung des Verständnisses internationaler Sicherheit in diesem Sinne.

Das Forschungsprogramm der Sicherheitskultur verweist zudem darauf, dass objektive Bedrohungen subjektiv häufig sehr unterschiedlich wahrgenommen werden, was schließlich zu unterschiedlichen Sicherheitspraktiken führt. Die Klimakrise steht hierfür beispielhaft. Seit Jahrzehnten wissen Regierungen sowie andere politische Entscheidungsträgerinnen und -träger um die wissenschaftlichen Belege, die die durch den Menschen verursachten Veränderungen des Klimas beschreiben. Welche Folgen für Frieden und Sicherheit mit diesen Veränderungen verbunden sind, ist ebenfalls ein Gegenstand intensiver Forschungsbemühungen. Auch wenn unser Wissen darüber vertieft werden muss, welche Mechanismen und Kontextbedingungen dazu führen, dass Klimaveränderungen das globale Konfliktgeschehen beeinflussen, besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass Klimaveränderungen auch eine sicherheitspolitische Bedro-

hung darstellen und dass dieser Effekt sich zukünftig verstärken wird.² So verstärken Klimaveränderungen Konflikte über Ressourcen, verschärfen die Ernährungsunsicherheit und führen zu Migrationsbewegungen, da Lebensbedingungen existenziell beeinträchtigt werden und Lebensräume unwiederbringlich verloren gehen. Eine gängige Formel, die dies in einem Begriff zusammenfasst, ist die Beschreibung des Klimawandels als einen Bedrohungsverstärker.

Dieser Befund, der auf dem besten Wissen aufbaut, das uns gegenwärtig zur Verfügung steht, führt global dennoch zu sehr unterschiedlichen Interpretationen, Schlussfolgerungen und Entscheidungen. Gerade weil der Klimawandel eine Herausforderung ist, die – wie die Bundesregierung feststellt – alle Bereiche der Außenpolitik zukünftig umfasst,³ stehen etwa die Regierungen Chinas und Russlands einer sicherheitspolitischen Fokussierung auf den Klimawandel im Sicherheitsrat entgegen. Russland argumentierte im Jahr 2019 in einer offenen Ratsdebatte, dass eine solche Fokussierung im Sicherheitsrat die Arbeitsteilung in den Vereinten Nationen unterminieren würde.⁴ Allerdings geht es bei den Bemühungen, die Friedensgefährdungen durch den Klimawandel im Sicherheitsrat zu verankern, nicht darum, die Klimapolitik der Vereinten Nationen aus dem Rat heraus zu steuern – wengleich den Themen, die der Rat an sich zieht, eine besondere Aufmerksamkeit zukommt. Bislang geht es einzig darum, den Klimawandel in seiner sicherheitspolitischen Dimension in dem dafür im System der Vereinten Nationen zuständigen Gremium sichtbar zu machen und zukünftig systematisch zu bearbeiten.

Sichtbarkeit

Die erste Debatte zu Klima und Sicherheit fand im Sicherheitsrat im Jahr 2007 statt.⁵ Aus der Perspektive der deutschen Außenpolitik ist die von Deutschland initiierte offene Debatte im Jahr 2011 von besonderer Bedeutung.⁶ Für die Phase der gewählten Mitgliedschaft in den Jahren 2019 und 2020 war der Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit ebenfalls eine Priorität Deutsch-

¹ Christopher Daase, Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm, in: Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer (Hrsg.), Sicherheitskultur, Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt am Main 2012, S. 40.

² Katharine J. Mach et al., Climate as a Risk Factor for Armed Conflict, *Nature* 571, 151. Jg., 7764/2019, S. 193–197.

³ Federal Foreign Office, Federal Foreign Office Climate Diplomacy Report 2019, Dezember 2019, www.auswaertiges-amt.de/blob/2296210/3371d7d8f8b282036ff0db19af1db021/200124-klimabericht-dl-data.pdf

⁴ UN Doc. S/PV.8451 v. 25.1.2019, S. 16.

⁵ UN Doc. S/PV.5663 v. 17.4.2007.

⁶ UN Doc. S/PV.6587 v. 20.7.2011.

lands.⁷ Bereits im Januar 2019 unterstrich Außenminister Heiko Maas in einer offenen Debatte das Anliegen, das Thema Klima und Sicherheit auf Dauer im Rat zu behandeln: Der Klimawandel »wird immer mehr zur Gefahr für Frieden und Sicherheit. Deshalb gehört die Debatte über die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels hierher, in den Sicherheitsrat. Es muss für uns zur Routine werden, den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit in allen Konfliktsituationen zu berücksichtigen.«⁸

Es ist in den folgenden zwei Jahren nicht gelungen, eine thematische Resolution zum Verhältnis von Klimawandel und Sicherheit zu verabschieden. Dem entgegen standen nicht nur die ständigen Mitglieder China und Russland, sondern auch die USA. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass ein deutscher Resolutionsentwurf als Ausgangspunkt für zukünftige Initiativen dient, da die neue US-Regierung bereits angekündigt hat, den Klimawandel und seine Folgen zu einem Kernanliegen der Außenpolitik zu machen.⁹ Während der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat wurden insgesamt fünf Resolutionen zu konkreten Konflikten verabschiedet, in denen auf die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels verwiesen wird.¹⁰ Die Bundesrepublik organisierte gemeinsam mit anderen Staaten informelle Treffen im Rahmen der »Arria-Formel«, ein informelles und interaktives Sitzungsformat, sowie eine offene Debatte im Juli 2020. Bereits im Jahr 2018 initiierte Deutschland mit Nauru die Gruppe der Freunde für Klimasicherheit in den Vereinten Nationen als eine weitere, die Arbeit im Rat zeitlich übergreifende Initiative.

In einer Gesamtschau dieser Aktivitäten ist festzustellen, dass Deutschland einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, die Aufmerksamkeit für den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit im Rat zu verstetigen.¹¹ Für die deutsche Außenpolitik bedeutete dies zugleich, das eigene Profil zu schärfen. Deutschland muss mit Blick auf seine außenpolitischen Möglichkeiten Themen auswählen, die den eigenen Interessen und Potenzialen entsprechen.



Soldaten des jordanischen Bataillons der ehemaligen Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) tragen im September 2008 Kinder durch die Fluten nach einer Rettungsaktion aus einem vom Hurrikan »Ike« zerstörten Waisenhaus. UN PHOTO: MARCO DORMINO

Klimawandel und Zwang

Die Bühne des Sicherheitsrats ist wie wenige andere geeignet, einem außenpolitischen Thema – und dem Akteur, der es dort lanciert – globale Aufmerksamkeit zu verleihen. Dies kann als Erfolg Deutschlands im Sicherheitsrat gewertet werden. Es gibt aber zahlreiche Herausforderungen, die mit der Verankerung der dauerhaften Bearbeitung des Klimawandels im Sicherheitsrat verbunden sind.

Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs um den Klimawandel ist in der akademischen und politischen Debatte bereits fortgeschritten. Eine Verankerung des Gegenstands in den Routinen des Sicherheitsrats ist damit folgerichtig. Die verschiedenen Resolutionen zu einzelnen Konflikten, die die Bedeutung des Klimawandels benennen, illustrieren dies und weisen Pfadabhängigkeiten auf. Auch das Verständnis des Klimawandels als eines Bedrohungsverstärkers findet im Sicherheitsrat zunehmend Anerkennung. Dies wirft zugleich aber die Frage auf, was eine solche Anerkennung für die

⁷ Auswärtiges Amt, Foreign Minister Maas on the Start of Germany's Membership of the UN Security Council, 1.1.2019, www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/maas-un-security-council/217441

⁸ Auswärtiges Amt, Stellungnahme von Außenminister Heiko Maas in der Offenen Debatte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen »Addressing the Impacts of Climate-related Disasters on International Peace and Security«, 25.1.2019, www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-klimawandel/2182050

⁹ Richard Gowan, MACROSCOPE: Germany's Tenure on the UN Security Council 2019/20, Friedrich-Ebert-Stiftung, 14.12.2020, www.fesny.org/article/macroscope-germanys-tenure-on-the-un-security-council-201920/

¹⁰ Diese waren die Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali, Somalia, Sudan sowie in der Zentralafrikanischen Republik. Siehe What's In Blue, Climate and Security, Ministerial-level Open Debate, 23.7.2020, www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2020/07/climate-and-security-ministerial-level-open-debate.php

¹¹ Susanne Dröge, Umgang mit den Risiken des Klimawandels, Welche Rolle für den VN-Sicherheitsrat?, SWP-Studie 2020/S 05, März 2020.

Behandlung des Klimawandels unter Kapitel VII und insbesondere Artikel 39 der UN-Charta bedeutet.¹² Dieser Artikel verweist auf die Maßnahmen, die der Sicherheitsrat zur Wiederherstellung des Friedens beschließen kann. Hier liegt bislang die größte Unklarheit in Bezug auf die Verankerung des Zusammenhangs von Klimawandel und

Offen ist, was der Sicherheitsrat jenseits der Anerkennung des Risikos durch Klimaveränderung an Zwangsinstrumenten einsetzen könnte.

Sicherheit im Sicherheitsrat: Kann und sollte der Sicherheitsrat Maßnahmen bis hin zum Zwang einsetzen, um sicherheitspolitische Ziele im Klimakontext zu erreichen? Wie der Ständige Vertreter Indiens bei den UN bis zum April 2020, Syed Akbaruddin, in der bereits zitierten offenen Debatte im Jahr 2019 betonte, stellt sich die Frage, gegen wen sich dieser Zwang überhaupt richten sollte: »[W]er sind ›die anderen‹, die für Klimakatastrophen zur Verantwortung zu ziehen sind? Werden es diejenigen sein, die ihre national festgelegten Beiträge gemäß dem Klimaübereinkommen von Paris nicht erfüllen? Werden diejenigen, die die zugesagte Finanzierung des Klimaschutzes nicht bereitstellen, gezwungen werden, diese Unterstützung zu leisten, oder werden unbequeme Wahrheiten ausgeklammert?«¹³

Außenminister Heiko Maas forderte im Sommer 2020: »[...] die Vereinten Nationen müssen handlungsfähig sein, wenn klimabedingte Sicherheitsrisiken eintreten. Solche Risiken müssen daher in allen Mandaten und Konfliktverhütungsstrategien berücksichtigt werden.«¹⁴ Früherkennung und Prävention sind dabei wenig strittige Punkte. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass der Sicherheitsrat sich nicht nur als Aufmerksamkeitsverstärker für bestimmte Themen eignet, sondern dass er

über das international sehr seltene Merkmal verfügt, Zwangsmaßnahmen bis hin zu militärischer Gewalt beschließen zu können. Wer also die Bühne des Sicherheitsrats nutzt, sollte begründen, wie und in welcher Weise Zwangsmaßnahmen zur Anwendung kommen sollten.

Es ist insbesondere diese Frage, die einer überzeugenden Antwort bedarf. Dies nicht zuletzt deshalb, da einer ›Versicherheitlichung‹ des Klimawandels vorgebeugt beziehungsweise zumindest in einem reflektierten Prozess eingeleitet werden sollte, in deren Logik am Ende militärische Maßnahmen stehen könnten.¹⁵ Auch Dokumente wie der ›Berliner Aufruf zum Handeln‹ aus dem Jahr 2019, der das Engagement des Auswärtigen Amtes für eine Klimasicherheitspolitik dokumentiert, bleiben in der Frage offen, was der Sicherheitsrat jenseits der Anerkennung des Risikos, das von Klimaveränderung ausgeht, an Zwangsinstrumenten einsetzen könnte und sollte.¹⁶

Prävention und Früherkennung

Der Fokus der Bundesregierung liegt auf den Fragen der Prävention und der Früherkennung. Die Aufgaben des Sicherheitsrats umfassen laut Artikel 24 der UN-Charta unter anderem ein »schnelles und wirksames Handeln« zur »Wahrung des Weltfriedens«. Die Tätigkeit des Sicherheitsrats ist also nicht auf die Bearbeitung akuter Konfliktlagen beschränkt. Das Feld der Prävention wird sowohl in Bezug auf bestimmte Konfliktthemen oder -regionen als auch als Querschnittsthema diskutiert. Aber auch in diesem Kontext ist die Berücksichtigung des Klimawandels umstritten.¹⁷

Die Prävention und Früherkennung setzt ein Wissen um die Bedingungen und Dynamiken voraus, durch die Klimaveränderungen in akute Krisen und Konflikte umschlagen können. Um gezielt frühzeitig intervenieren zu können, müssen wir wissen, wann und wie genau der Klimawandel als Bedrohungsverstärker wirkt. Dieses Wissen wächst stetig und bietet zunehmend Ansatzpunkte dafür, was der Sicherheitsrat operativ tun könnte, um diesen Risi-

¹² Valentine Bourghelle, Climate Change in the Security Council, On the Road to Qualifying Climate Change as ›Threat Multiplier‹, 9.12.2019, voelkerrechtsblog.org/climate-change-in-the-security-council/

¹³ UN Doc. S/PV.5663, a.a.O. (Anm. 5), S. 43.

¹⁴ UN Doc. S/2020/751 v. 30.7.2020, S. 13.

¹⁵ Ann-Kathrin Benner et al., Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels, Fokus, in: Bonn International Center for Conversion (BICC) et al. (Hrsg.), Friedensgutachten 2020, Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa, Bielefeld 2020.

¹⁶ Berlin Climate and Security Conference, Berlin Call for Action, 4.6.2019, berlin-climate-security-conference.de/sites/berlin-climate-security-conference.de/files/documents/berlin_call_for_action_04_june_2019.pdf

¹⁷ What's In Blue, Conflict Prevention, Presidential Statement, 18.1.2018, www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2018/01/conflict-prevention-presidential-statement.php

ken zu begegnen. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang etwa, die Sicherheitsrisiken durch Klimaveränderungen in den Routinen von Friedensmissionen, Friedensverhandlungen und Mediationsverfahren systematisch zu berücksichtigen sowie in der Bearbeitung von Sicherheitsrisiken, die nicht direkt aus Konflikten resultieren.¹⁸

Die Bundesregierung leistete im Rahmen der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat in verschiedenen Kontexten einen Beitrag, den Wert der Wissenschaft für diese Fragen hervorzuheben. Zum einen in Debatten des Sicherheitsrats selbst, zum anderen im Rahmen hochrangiger internationaler Konferenzen, wie der Berliner Klimasicherheitskonferenz.¹⁹ An dieser Konferenz, die das Auswärtige Amt in den Jahren 2019 und 2020 gemeinsam mit Forschungseinrichtungen organisierte, nahmen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter einzelner Staaten und internationaler Organisationen teil. Die Bedeutung dieser Konferenz kommt darin zum Ausdruck, dass die Bundesregierung aufgefordert war, in einer kleinen Anfrage des Bundestags zu einer Zwischenbilanz der Zeit im Sicherheitsrat eigens dazu Stellung zu nehmen.²⁰

Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in der Bewältigung von Krisen ist nicht zuletzt im Zuge des Managements der Corona-Pandemie stark in den Vordergrund getreten. Aber auch für die Klimakrise ist sie ein charakteristisches Merkmal. Zugleich ist wissenschaftliche Expertise in der jüngeren Vergangenheit immer wieder in die Defensive geraten, sodass gar eine »Krise der Expertise«²¹ selbst festgestellt wurde. Das Wissen von Fachleuten ist ein sichtbares und als unverzichtbar angesehenes Element in politischen Entscheidungsprozessen. Zugleich steht ihnen ein Skeptizismus gegenüber, der bis hin zur offenen Leugnung ihrer Ergebnisse reicht.

Dies ließ sich im Kontext des Sicherheitsrats beobachten. Donald Trump hatte während seiner US-Präsidentschaft wiederholt Forschungen zum menschlichen Einfluss auf das sich verändernde

Klima in Zweifel gezogen. Zwar hat sich die Rhetorik der US-Regierung zum Ende der Präsidentschaft hin in diesem Feld verändert,²² aber die Geringschätzung und der Zynismus gegenüber wissenschaftlicher Expertise ist eine der charakteristischen Eigenschaften der Präsidentschaft und die internationalen Bemühungen um ein intensiveres Engagement im Klimaschutz waren davon immer wieder betroffen. Aber nicht nur am Beispiel der USA war eine solche Relativierung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu beobachten. Eine für den Sicherheitsrat unmittelbar relevante Variante dieser Krise zeigt sich in der Untersuchung des Einsatzes von Chemiewaffen im Syrienkonflikt. Hier hat Russland nicht nur durch ein Veto im Jahr 2017 ein Mandat zur Identifizierung von Urhebern solcher Einsätze verhindert, sondern danach die Ergebnisse anderer Kommissionen infrage gestellt und einfach abgestritten.²³

Auch wenn diese letzte Episode nicht mit dem Zusammenhang von Klima und Sicherheit in Verbindung steht, illustriert sie den fragilen Status, durch den wissenschaftliches Wissen gegenwärtig in

Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in der Bewältigung von Krisen ist stark in den Vordergrund getreten.

internationalen Kontexten gekennzeichnet ist. Die Vereinten Nationen haben auf die katastrophale Wirkung von Desinformationskampagnen im Kontext der Corona-Pandemie hingewiesen und dabei die Gefahren für andere Gegenwartsherausforderungen wie den Klimawandel benannt.²⁴ Es ist daher in diesem Kontext zu sehen und zu würdigen, wenn der Bundesaußenminister Maas im Sicher-

¹⁸ Janani Vivekananda/Adam Day/Susanne Wolfmaier, What can the UN Security Council do on Climate and Security?, The Climate Security Expert Network, Adelphi, Juli 2020, S. 5, climate-security-expert-network.org/sites/climate-security-expert-network.com/files/documents/what_can_the_un_security_council_do_on_climate_and_security_v2.pdf

¹⁹ Auswärtiges Amt/Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung/Adelphi (Hrsg.), Berlin Climate and Security Conference 2020, High-Level Political Segment, Berlin 2020.

²⁰ Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrich Lechte, Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, Zwischenbilanz der Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, Berlin 2019, S. 12f.

²¹ Gil Eyal, The Crisis of Expertise, Cambridge 2019.

²² Helier Cheung, What does Trump Actually Believe on Climate Change?, BBC News, 23.1.2020, www.bbc.com/news/world-us-canada-51213003

²³ Una Jakob, Fortschritt mit Nebenwirkungen – Neue Untersuchungsergebnisse zu Chemiewaffeneinsätzen in Syrien, PRIF Blog, 29.6.2020, blog.prif.org/2020/06/29/fortschritt-mit-nebenwirkungen-neue-untersuchungsergebnisse-zu-chemiewaffeneinsatzen-in-syrien/

²⁴ United Nations, United Nations Secretary-General Calls for Individual Action to Combat Misinformation, Africa Renewal, 22.10.2020, www.un.org/africarenewal/news/united-nations-secretary-general-calls-individual-action-combat-misinformation

heitsrat geradezu apodiktisch feststellt: »[...] wir können mit der Natur nicht verhandeln. Die physikalischen, chemischen und geografischen Realitäten der globalen Erwärmung werden keine Kompromisse mit uns eingehen. Der Klimawandel findet statt und seine Folgen für Frieden und Sicherheit sind bereits real [...].«²⁵

Auch wenn die Politikwissenschaft hier vom Außenminister nicht als eine zentrale Bezugswis-

selbst geradlinig feststellt: »[...] wir können mit der Natur nicht verhandeln. Die physikalischen, chemischen und geografischen Realitäten der globalen Erwärmung werden keine Kompromisse mit uns eingehen. Der Klimawandel findet statt und seine Folgen für Frieden und Sicherheit sind bereits real [...].«²⁵

selbst geradlinig feststellt: »[...] wir können mit der Natur nicht verhandeln. Die physikalischen, chemischen und geografischen Realitäten der globalen Erwärmung werden keine Kompromisse mit uns eingehen. Der Klimawandel findet statt und seine Folgen für Frieden und Sicherheit sind bereits real [...].«²⁵

selbst geradlinig feststellt: »[...] wir können mit der Natur nicht verhandeln. Die physikalischen, chemischen und geografischen Realitäten der globalen Erwärmung werden keine Kompromisse mit uns eingehen. Der Klimawandel findet statt und seine Folgen für Frieden und Sicherheit sind bereits real [...].«²⁵

Ein um den Klimawandel erweiterter Sicherheitsbegriff erzeugt Erwartungen und Anforderungen an präventives Handeln.

senschaft für die Klimapolitik mitaufgeführt wird, handelt es sich um eine in hohem Maße politisierte Aussage. In einem Gremium, das nur im Konsens und daher auf dem Weg der Verhandlung und des Kompromisses zur Entscheidung fähig ist, leitet er aus wissenschaftlichen Expertisen eine Alternativlosigkeit für politisches Handeln ab, das keine Kompromisse zu dulden scheint. Die Aussage geht bewusst darüber hinweg, dass zwar der Klimawandel eine Realität ist, die sich bereits vollzieht und damit unbestreitbar ist, dass aber natürlich die

Langfristige Verantwortung Deutschlands

Die Aussage ist in diesem Sinne klar aktivistisch, jedenfalls keinesfalls diplomatisch. Und dies ist der Einwand, der hier erhoben werden könnte. Der Außenminister hat, um des Effekts der Sichtbarkeit und des Aufrüttelns auf offener Bühne wegen, auf einen kleinteiligeren, vielleicht mühsameren Weg verzichtet, der allerdings möglicherweise auch Akteure irritiert hätte, die nicht schon diese Agenda teilen. Auf den Begriff der erweiterten Sicherheitskultur zurückkommend, wird hier nun ein weiteres Risiko einer Klimasicherheitspolitik deutlich, das sich aus dieser auf Aufmerksamkeit bedachten Rhetorik ergibt. Ein um den Klimawandel erweiterter Sicherheitsbegriff erzeugt Erwartungen und Anforderungen an präventives Handeln, dem die Sicherheitspolitik letztlich gar nicht gewachsen sein könnte.²⁷ Gerade im Hinblick auf die Klimakrise als eine langfristige Herausforderung, in der einzelne Maßnahmen nicht zu unmittelbar wahrnehmbaren Verkleinerungen der Bedrohung führen beziehungsweise als solche kausal zugeordnet werden können, besteht das Risiko der Enttäuschung und Frustration. Das Vertrauen in internationale Akteure und Institutionen könnte also dadurch beeinträchtigt werden, dass der Klimawandel als Bedrohung internationaler Sicherheit mit zu hohen Erwartungen an dessen Bewältigung durch das Handeln einzelner Institutionen verbunden wird. Deutschland hat hier eine Verantwortung übernommen, der es, so ist zu hoffen, langfristig und in allen formellen und informellen internationalen Institutionen gerecht wird.

English Abstract

Dr. Stefan Kroll

Prevention, Early Detection, and Then? pp. 9–14

At the United Nations Security Council, Germany is committed to deepening our understanding of climate change as a multiplier of threats for peace and security. The priority so far is evidence-based prevention and early warning. This paper discusses this priority and refers to further requirements of an extended concept of security beyond preventive measures. Altogether, Germany makes an important contribution to strengthening the role of science in international politics. However, it is also necessary to discuss which concrete and also coercive instruments the Council can and should use to counter climate security risks.

Keywords: Deutsche UN-Politik, Klimawandel, Prävention, Sicherheitsrat, German UN Policy, Climate Change, Prevention, UN Security Council

²⁵ UN Doc. S/2020/751, a.a.O. (Anm. 14), S. 13.

²⁶ Frank Bösch et al., Für eine reflexive Krisenforschung, Zur Einführung, in: Frank Bösch/Nicole Deitelhoff/Stefan Kroll (Hrsg.), Handbuch Krisenforschung, Wiesbaden 2020.

²⁷ Daase, Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm, a.a.O. (Anm. 1), S. 26–27.